

03/2016

fdplus



Genschers Auftrag an die Freien Demokraten

Das junge MV

Cécile Bonnet-Weidhofer kämpft um die Rückkehr

Zeit für das nächste Berlin

Sebastian Czaja will wieder in das Abgeordnetenhaus

Wahlprogramm

Vorbereitung des Bundestagswahlprogramms 2017 läuft



#SMARTschool

Fortschritt macht Schule!

Für eine moderne, zukunftsorientierte Ausbildung,
die Potenziale fördert und Perspektiven eröffnet.

Freiheit.org

Optimismus und Mut sind gefragt wie nie



Nils Droste
Chefredakteur

Keine einfachen Zeiten: Brexit-Referendum, Anschläge in Frankreich und Deutschland, ein Putschversuch in der Türkei. Die Welt ist verunsichert. Aber sie muss es nicht bleiben. Gerade jetzt sind Optimismus und Mut gefragt wie nie. Was das für Europa bedeutet, beschreibt Alexander Graf Lambsdorff im Schwerpunkt dieser Ausgabe. In der digitalen Version lesen Sie zudem einen Appell von Michael Link, für die Stärke des Rechts einzustehen. Darüber hinaus berichten die Wahlkämpfer vom jungen MV und dem nächsten Berlin. Mit ein paar Klicks können Sie sie unterstützen. Beteiligung ist auch das Stichwort im Artikel zum Bundestagswahlprogramm. Wie es genau entsteht, lesen Sie dort. Abgerundet wird die Ausgabe durch eine Stiftungs-Analyse des US-Wahlkampfs und ein Interview mit Innenpolitiker Jan-Christoph Oetjen. All das bieten wir Ihnen in neuer und attraktiver Form an. Aus elde wird fdplus. Eine Extraportion Freie Demokraten sozusagen, dazu im frischen Look. Wir sind gespannt auf Ihr Feedback zum Relaunch. Schreiben Sie mir einfach an droste@fdplus.de.

Ihr

Nils Droste



Genschers Auftrag an die Freien Demokraten

Europa ist unsere Zukunft, wir haben keine andere.
Diese Worte sind ein Gestaltungsauftrag.

5 Meldungen

6 Genschers Auftrag an die Freien Demokraten

9 Freie Demokraten drängen auf Entlastung

D1 Stärke des Rechts statt Recht des Stärkeren

Wenn Staaten vermehrt auf das Recht des Stärkeren setzen, darf das nicht folgenlos bleiben.

D4 Wir trauern um Walter Scheel

In Mecklenburg-Vorpommern kämpft Cécile Bonnet-Weidhofer um die Rückkehr in den Landtag.

10 Das junge MV

12 Zeit für das nächste Berlin

Mit seinem „Plan B“ will Sebastian Czaja in Berlin wieder in das Abgeordnetenhaus einziehen.

14 Auf dem Weg zum Wahlprogramm

In mehreren Phasen wird das Bundestagswahlprogramm ausgearbeitet. Die Vorbereitung läuft bereits.

16 Ein Kampf zwischen Emotionen und Fakten

Im US-Wahlkampf hat es Donald Trump auf die Ängste abgesehen. Wird er damit erfolgreich sein?

18 „Wir haben keine Gesetzeslücken, sondern Vollzugsdefizite“

Interview mit Innenpolitiker Jan-Christoph Oetjen zur Debatte um die Innere Sicherheit.

„Dear start-ups, keep calm and move to Berlin“

Mit einer spektakulären Wahlkampfaktion hat die FDP Berlin auf den Ausgang des Brexit-Referendums in Großbritannien reagiert. Angesichts der wirtschaftlichen Unsicherheiten nach der Abstimmung ließ sie Anfang Juli eine Großfläche durch London rollen. Die Botschaft darauf: „Dear start-ups, keep calm and move to Berlin“. Die Freien Demokraten Berlin sind der Auffassung, dass junge gründungswillige Briten eine Zukunft verdient haben. „Berlin muss die neue Heimat werden für alle, die in Europa etwas Neues aufbauen wollen“, erklärte Spitzenkandidat Sebastian Czaja und verband dies mit der Forderung an den Berliner Senat, endlich Hürden abzubauen. Die Aktion fand großen Widerhall in den sozialen Netzwerken und der Presse.



Die mobile Großfläche in London

Bunte Vielfalt und Freiheit

Auch diesen Sommer finden wieder zahlreiche Christopher Street Days in ganz Deutschland statt. Immer mit dabei: Die Freien Demokraten. „In ganz Deutschland feiern Menschen CSD-Paraden und -Straßenfeste, freuen sich über bunte Vielfalt und Freiheit und weisen auf weiter bestehende Diskriminierung hin“, betonte die stellvertretende Bundesvorsitzende Katja Suding. Der Bundesregierung warf sie vor, es bei Ankündigungen zu belassen. Die Ehe sei immer noch nicht geöffnet, der Nationale Aktionsplan gegen Homophobie nicht verabschiedet und die Entschädigung der Opfer des Paragraphen 175 Strafgesetzbuch ohne Einigung. Zudem würde die Bundesregierung zu internationalen Menschenrechtsverletzungen beharrlich schweigen.



Freie Demokraten beim CSD in Hamburg

Deutschland wird vor Ort entschieden

Am 11. September finden Kommunalwahlen in Niedersachsen statt. Für die Freien Demokraten im Land sind sie von besonderer Bedeutung. „Das Ziel ist, dass die FDP flächendeckend vertreten ist und wieder mehr liberale Politik in den Kommunalparlamenten gemacht wird“, betonte Christian Dürr, Vorsitzender der Landtagsfraktion und Sprecher der Fraktionsvorsitzendenkonferenz. Den Erfolg soll wie schon Anfang des Jahres in Hessen ein engagierter Wahlkampf samt einer professionellen Kampagne bringen. Diese wurde Ende Mai beim Aktionstag und Sommerfest der niedersächsischen Freien Demokraten in Hannover präsentiert. Unter dem Motto „Deutschland wird vor Ort entschieden“ soll das hervorragende Wahlergebnis aus Hessen überboten werden.



Kampagnenvorstellung beim Sommerfest der FDP Niedersachsen



Genschers Auftrag an die Freien Demokraten

Das europäische Einigungswerk ist in Gefahr.
Für die Freien Demokraten heißt das kämpfen.
Der Auftrag: Europa mit Mut liberal zu gestalten.



Alexander Graf Lambsdorff
Präsidiumsmitglied und Vizepräsident
des Europäischen Parlaments

Wir Europäer haben es nicht leicht: In unserer Nachbarschaft gibt es offene Konflikte, von der Ukraine und Russland über die Türkei bis nach Syrien und Libyen. Das Ausscheiden Großbritanniens wird die Europäische Union verändern. In Südeuropa ist mangels liberaler Wirtschaftspolitik die wirtschaftliche und soziale Krise nicht überwunden. In Mittel- und Osteuropa stellen Regierungen die liberale Verfassungsordnung westlicher Demokratien in Frage. Unser wichtigster Partner Frankreich schwächelt seiner Präsidentschaftswahl entgegen, während die Bundesregierung mit nationalen Alleingängen in der Energie- und Flüchtlingspolitik ein Misstrauen gegenüber Deutschland wieder erweckt, das dank Hans-Dietrich Genscher und Helmut Kohl längst überwunden schien. Man sieht: Es ist

höchste Zeit für grundlegende Änderungen der deutschen und europäischen Politik, damit das Einigungswerk auf unserem Kontinent nicht weiter in Gefahr gerät.

Das drängendste Thema ist dabei die Gewährleistung der inneren wie äußeren Sicherheit für alle Europäerinnen und Europäer. Beide lassen sich im Zeitalter des Terrorismus immer schwieriger voneinander abgrenzen. Und doch tut die Bundesregierung mit Bundesinnenminister de Maizière so, als ob dieselben alten Rezepte gegen eine neuartige Bedrohung unsere Sicherheit wirksam schützen könnten. Nach dem Anschlag auf Charlie Hebdo im Januar 2015 hatte de Maizière mehr europäische Zusammenarbeit gefordert. Anderthalb Jahre später machen neuerliche Attentate in schrecklicher Weise deutlich, dass der Terrorismus noch



Alexander Graf Lambsdorff

immer zuschlagen kann. Und was passiert? De Maizière verspricht mehr europäische Zusammenarbeit. Das sind keine Fortschritte im Antiterrorkampf, das ist Augenwischerei. Europa braucht eine mutige Reform des europäischen Sicherheitsnetzwerks. Europol muss zu einem europäischem FBI mit eigenen Ermittlungskompetenzen entwickelt werden. Dabei ist der Grundrechtsschutz durch die Bindung von Europol an die liberale Europäische Grundrechtecharta gewährleistet. Wenn es Konflikte gibt, steht jedem EU-Bürger der Rechtsweg zum Gerichtshof offen.

Darüber hinaus gilt es, unsere Außengrenzen wirksam zu schützen. Die zeitweilige Unterstützung für Griechenland kann kein Ersatz für eine effektive europäische Grenzsicherung sein. Europa braucht eine europäische Grenz- und Küstenwache, die schnell und unbürokratisch überall dort eingesetzt werden kann, wo ein Mitgliedstaat mit dem Zustrom an Flüchtlingen überfordert ist. Bisher darf Frontex aus eigener Lagebeurteilung keine einzige Maßnahme ergreifen, weil es eine Behörde der Regierungen der Mitgliedstaaten der EU ist, nicht aber eine gemeinschaftliche europäische. Auch ein europäisches Asylrecht ist nötig mit einem europaweiten Verteilungsschlüssel, der auf der Solidarität aller Mitgliedstaaten basiert und bei Nichteinhaltung wirksame Sanktionen ermöglicht.

Diese Maßnahmen müssen Hand in Hand mit einer Erweiterung der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik gehen. Die erfolgreichen Verhandlungen über das iranische Nuklearprogramm sind ein gutes Beispiel dafür, was die EU erreichen kann, wenn alle an einem Strang ziehen. Aber auf zu vielen anderen Feldern gibt es bisher allenfalls lose Absprachen und punktuelle Koordinierung. Die Krisen in Syrien und der Ukraine zeigen, wie unmittelbar wir von Konflikten in unserer Nachbarschaft betroffen sind, aber

die im Prinzip längst vereinbarte Bündelung unserer Kräfte kommt viel zu langsam voran. Mehr Staaten sollten sich deshalb zu einer ständigen Zusammenarbeit entschließen. Nach innen wirft vor allem der Brexit große Fragen auf. Die Ablehnung der EU ist aber auch in Deutschland längst salonfähig, dabei richtet sie sich gegen unsere wichtigsten nationalen Interessen in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Hinsicht. Offene Märkte, der ständige friedliche Ausgleich nationaler Interessen und eine weltoffene Geisteshaltung würden durch eine Rückkehr ins nationale Schneckenhaus nicht gefördert, sondern massiv beschädigt. Das kann nicht die Haltung der Freien Demokraten sein. Deshalb müssen wir für den Erfolg der europäischen Einigung auch in schwierigen Zeiten kämpfen.

Wir wollen für Europa einen Reformkongress und einen offenen Dialog darüber, wofür wir Europa brauchen, was wir von der EU erwarten und was sich konkret zum Besseren verändern soll. Wir müssen uns konstruktiv mit Kritik, Sorgen und Ängsten der Bürgerinnen und Bürgern auseinandersetzen und dabei auch manchen alten Zopf abschneiden. Ein Beitritt der Erdogan-Türkei zur EU wird nicht möglich sein, also müssen die Beitrittsverhandlungen abgelöst werden durch pragmatische Zusammenarbeit – das ist ehrlicher und nimmt vielen EU-Bürgern die Sorge vor einer maßlosen Erweiterung. Nicht alle Staaten wollen zudem das gleiche Tempo der Integration gehen. Wenn jeder Staat selber entscheiden kann, wann und wie viel Souveränität er an die europäische Ebene abgibt, steht am Ende gerade kein europäischer Superstaat, sondern ein flexibleres Europa, dessen Mitglieder sich freiwillig an eine gemeinsame Rechtsordnung binden und die sich daraus ergebenden Verpflichtungen konsequent befolgen. Hans-Dietrich Genschers Wort: „Europa ist unsere Zukunft, wir haben keine andere“ ist der Auftrag an die Freien Demokraten, Europa mit Mut liberal zu gestalten. Wir nehmen diesen Auftrag, gerade in schwierigen Zeiten, selbstbewusst und optimistisch an.

Freie Demokraten drängen auf Entlastung

Nils Droste
Chefredakteur

Der Monatsbericht des Bundesfinanzministeriums ist so etwas wie der Pulsmesser der Steuereinnahmen. Jeden Monat wird hier verzeichnet, in welche Richtung sie sich entwickeln. Meist geht es nach oben. Hauptgrund dafür ist die derzeit gute Beschäftigungssituation. Die Arbeitnehmer haben davon allerdings wenig. Der Bund der Steuerzahler hat errechnet, dass von jedem verdienten Euro nur 47,1 Cent übrig bleiben. Weniger als die Hälfte also. An Entlastung denkt die Große Koalition trotzdem nicht. Vielmehr treibt sie mit ihrer Politik die Sozialversicherungsbeiträge hoch. „Die Sozialabgaben werden im nächsten Jahr über die 40-Prozent-Marke steigen und damit die Bürgerinnen und Bürger zusätzlich belasten. Steigende Sozialabgaben sind die Steuererhöhungen von Union und SPD“, kritisiert der Bundesvorsitzende Christian Lindner.

Noch absurder sind die Pläne aus dem Bundeswirtschaftsministerium zur Einführung einer flexiblen Steuer auf Energie. Fallen die Preise beispielsweise bei Benzin, sollen die Steuern automatisch erhöht werden. „Nachdem die Bundesregierung den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern beharrlich eine Entlastung verweigert hat, toppt Wirtschaftsminister Gabriel das nun auch noch mit seinen Plänen“, betont Präsidiumsmitglied und rheinland-pfälzische Wirtschaftsminister Volker Wissing. Er sieht darin ein „Instrument der Bürgergängelung“.

Die Freien Demokraten drängen weiterhin auf eine Entlas-

VON EINEM EURO BLEIBEN 2016

47,1 CENT



Quelle: Bund der Steuerzahler

tung der Bürger. Dazu gehört, den Soli mit dem Auslaufen des Solidarpaktes II abzuschaffen. Das wäre ohne Zustimmung der Länder möglich. Zudem soll die kalte Progression nachhaltig beseitigt werden. Ein dritter Aspekt ist die Entlastung durch Vereinfachung. „In Estland ist es möglich, am Computer in wenigen Minuten seine Steuererklärung zu machen, weil viele Daten schon automatisch erfasst sind“, verdeutlicht Lindner. Er will den „Bierdeckel 4.0.“ Auf die Union wird sich die FDP in dieser Frage nicht noch einmal verlassen. Die CDU habe vor den letzten vier Bundestagswahlen immer über Steuersenkungen nachgedacht, so Lindner. „Doch danach hat sie entweder die FDP ausgebremst oder, wie in den vergangenen drei Jahren, munter die Belastungen erhöht.“



Stärke des Rechts statt Recht des Stärkeren

Staaten setzen mehr und mehr auf das Recht des Stärkeren. Das Problem ist die internationale Folgenlosigkeit. Die Freien Demokraten stehen daher für starke Institutionen.



Michael Georg Link
Bundesvorstandsmitglied, Direktor von
ODIHR und Staatsminister a.D.

Ein neues Muster zeichnet sich ab: Mehr und mehr glauben einzelne Staaten, im Alleingang Interessen durchsetzen zu können – und dabei völkerrechtliche Regeln und bestehende Verpflichtungen ungeahndet beiseite wischen zu können. An Beispielen herrscht kein Mangel: Besonders flagrant die Grenzverschiebung Putins auf der Krim –entgegen Russlands Stellung als Garantmacht des Budapester Memorandums, das der Ukraine auf immer Unverletzlichkeit der Grenzen im Gegenzug zur Abgabe ihrer Atomwaffen zusicherte. Oder Erdogans Säuberungen nach dem versuchten Putsch, die einer Art Staatsstreich von oben gleichkommt. Oder Orbans wiederholte Rechtsbrüche und seine Tiraden gegen die liberale Demokratie und für die Todesstrafe. Oder der Schlag der polnischen Regierung ins Gesicht der rich-

terlichen Unabhängigkeit durch die massive Gängelung des Verfassungsgerichts. Oder Chinas Powerplay um die Südchinesische See und sein Ignorieren der von den UN vorgesehenen Schiedssprüche. Oder die fortgesetzte Hilfe Russlands für Assad, trotz der Gas- und Faßbomben-Angriffe des Regimes auf die eigenen Bürger in Aleppo.

In solchen Fällen soll eigentlich der UN-Sicherheitsrat reagieren, doch der ist meist von Russland und China blockiert. Im Europarat setzt die Europäische Menschenrechtskonvention Grenzen, rechtlich bindend und einklagbar. Auch die OSZE schuf mit der Pariser Charta starke Regeln. Doch wenn selbst ein hochgradig regelbasierter Staatenverbund wie die Europäische Union oft nicht in der Lage ist, intern Regeln durchzusetzen, wie jüngst bei den Defi-

zitsündern Spanien und Portugal, um wie viel schwächer ist dann das oft in seiner Auslegung umstrittene Völkerrecht? Tatsache ist, dass es für autoritäre Herrscher leichter geworden ist, folgenlos Regeln zu brechen; Regeln, die ihre Staaten einst freiwillig und feierlich unterzeichneten. Doch es wäre zu kurz gesprungen anzunehmen, diese Regeln würden schlicht ignoriert. Viel folgenschwerer ist der Fall, dass ein Herrscher durch eine Kosten-Nutzen-Analyse zum Ergebnis kommt, dass der geplante Regelverstoß für ihn folgenlos oder leicht zu verkraften ist, weil militärische Macht und kaltes Kalkül stärkere Fakten schaffen als Völkerrecht und Gerichtshöfe – und weil er auf das Wegschauen der anderen baut.

Hierin, in der internationalen Folgenlosigkeit dieses Rechts des Stärkeren, liegt das eigentliche Problem. Und es wird noch größer, wenn die internationale Gemeinschaft mit Leisetreterei reagiert. Für Freie Demokraten ist es deshalb ein Fehler, wie die Bundesregierung auf die Vorgänge in der Türkei reagiert, oder wie sich Seehofer und Gabriel darin überbieten, Sanktionen gegen Russland einstellen zu wollen, trotz Moskaus fortgesetztem Regelverstoß auf fremdem Staatsgebiet.

Was also macht den Unterschied aus zwischen der Bundesregierung und dem außenpolitischen Ansatz der Freien Demokraten? Es ist vor allem unser konsequentes Einstehen für die Stärke des Rechts und gegen das Recht des Stärkeren. Das gilt für die UN, wo wir erwarten, dass Berlin nicht nur wieder in den Sicherheitsrat gewählt werden will, sondern auch sagt, wie er reformiert werden soll – und es gilt gleichermaßen für die EU, wo Berlins unkoordinierte Grenzüffnung für Flüchtlinge zeitweise alle Regeln in den Wind schlug. Statt korrekt humanitär zu helfen, verunsicherte Berlin alle Partner. Andere Fehler Merkels und Steinmeiers, wie die einseitig über den Kopf von Schweden, Finnern, Polen und Balten hinweg verhandelte Nordstream-Pipeline wiederholen Schröders Fehler. Berechenbarkeit und Regelbasiertheit sollten Merkmal deutscher Außenpolitik sein, nicht Sprunghaftigkeit und Dickköpfigkeit. Dazu gehört auch Bündnistreue: Steinmeiers Kritik am Beschluss des NATO-Gipfels war nicht vertrauensbildend. Wenn er Russland das Ende der Sanktionen in Aussicht stellt, wird das nicht dazu führen, dass die Moskauer Führung jemals die überfällige Kosten-Nutzen-Analyse des eigenen Verhaltens vornimmt. Im Gegenteil: Genau auf diese Vielstimmigkeit setzt Moskau – und auf eine Spaltung in EU und NATO. Dabei sind Sanktionen keinesfalls ein Allheilmittel. Skep-



Michael Georg Link

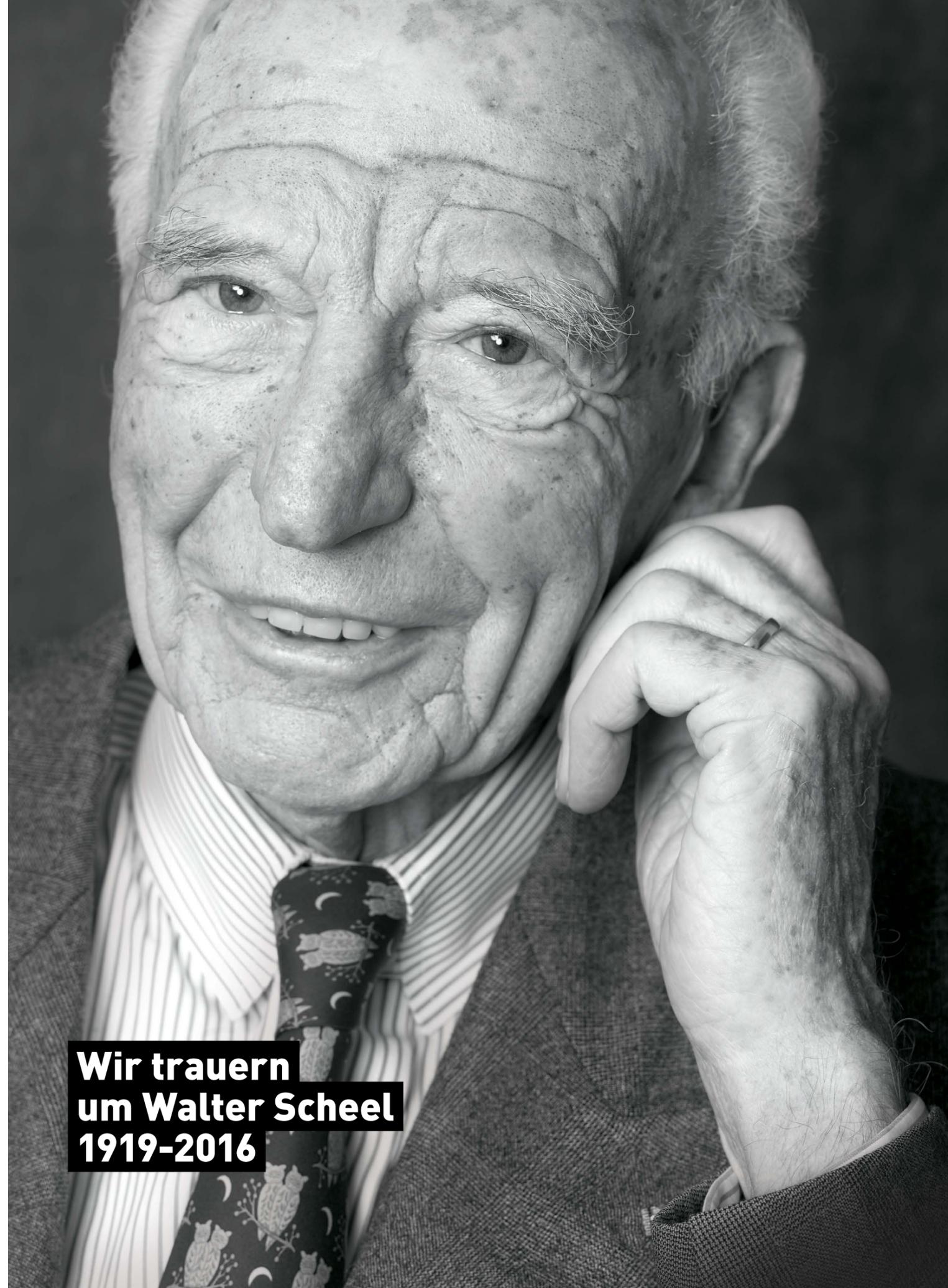
Foto: OSZE

sis ist angebracht, oftmals leiden unter ihnen die Falschen. Doch da militärische Mittel Ultima Ratio sind und es auch bleiben müssen, sind Sanktionen, wenn alles Verhandeln nichts fruchtet, einer der wenigen verbleibenden Hebel, die bei fortgesetzten Regelverstößen zur Verfügung stehen. Bis dieser etwas bewirkt, kann es mitunter sehr lange dauern, siehe den Fall Iran. Sanktionen brauchen einen langen Atem.

Libérale Außenpolitik unterscheidet sich aber noch in anderer Hinsicht von Merkel, Gabriel, Steinmeier und Seehofer. Sie muss bereit sein, dazuzulernen. Es war falsch, sich in Abhängigkeit von öl- und gasreichen Staaten zu begeben, die Augen vor schlimmsten Menschenrechtsverletzern zu verschließen oder sich in der Flüchtlingspolitik durch Erdogan erpressbar zu machen.

Menschenrechte gelten universell und sind unteilbar. Es ist falsch verstandene Toleranz, wenn wir Religionen, Staaten oder Herrschern eine restriktive Auslegungen gestatten. Doch wäre es vermessen, wenn wir dabei nur auf andere zeigten. Gerade Demokratien wie wir haben eine Verpflichtung, den Rechtsstaat zu schützen und ihn nicht im eigenen Land auszuhöhlen. Terror und der IS müssen entschlossen bekämpft werden, aber nicht unter Aufgabe rechtsstaatlicher Prinzipien.

Angesichts autoritär regierter Staaten, die sich internationalen Verpflichtungen zunehmend entziehen, setzen wir auf die Stärkung multilateraler Sicherheit. Gegen die Machtlogik autoritärer Herrscher hilft nur ein System starker Institutionen. Meinen wir damit Moral statt Politik? Keineswegs! Aber Rechtsstaatspartei sind wir eben nicht nur in der Innenpolitik. Auch in der Außenpolitik setzen wir auf die Stärke des Rechts und nicht auf das Recht des Stärkeren – bei allen Kompromissen, die in der Realpolitik dazugehören.



**Wir trauern
um Walter Scheel
1919-2016**

Das junge Mecklenburg-Vorpommern

Die Freien Demokraten kämpfen in Mecklenburg-Vorpommern um die Rückkehr in den Landtag. Spitzenkandidatin Cécile Bonnet-Weidhofer will es zum Land der Chancen machen.



Lisa Rossel
Pressesprecherin
Mecklenburg-Vorpommern

„MV ist erst 26 Jahre alt. Noch kann es alles werden.“ An Visionen mangelt es dem Jungen MV nicht. Verkörpert wird das durch die deutsch-französische Spitzenkandidatin Cécile Bonnet-Weidhofer: Beste Bildung als Schlüssel für alles, eine starke Wirtschaft für sichere Arbeitsplätze und attraktive Daten-, Verkehrs- und Energienetze – damit das Flächenland näher zusammenrückt und zum Land der Chancen wird.

Für dieses Junge MV interessierten sich bei der Auftaktveranstaltung des Wahlkampfs nicht nur 250 Bürger, sondern auch eine ganze Reihe von Journalisten. Neben der Spitzenkandidatin und dem Landesvorsitzenden René Domke sprachen Lencke Steiner und Christian Lindner. Sie machten klar, dass Mecklenburg-Vorpommern eine liberale Kraft

im Landtag braucht. Ein toller Abend, der viele Menschen motivierte.

Wie sich die Freien Demokraten das Junge MV vorstellen, zeigte sie am 27. August in Schwerin: Beim Aktionstag mit Cécile Bonnet-Weidhofer, René Domke, Nicola Beer, Wolfgang Kubicki, Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Katja Suding, Alexander Graf Lambsdorff, Ellen Madeker und mehreren Hundert Freien Demokraten aus dem ganzen Bundesgebiet wurde die Landeshauptstadt für einen Tag blau-gelb-magenta eingefärbt. Das Highlight: Die Teilnahme am 25. Drachenbootrennen.

Leider ist Mecklenburg-Vorpommern aber nicht überall so bunt: Die AfD hat das Ziel ausgegeben, als stärkste Kraft in den Landtag einzuziehen. Klar, dass die FDP das nicht ak-



Lencke Steiner, Christian Lindner, Cécile Bonnet-Weidhofer, René Domke und zahlreiche Unterstützer beim Wahlkampfauftakt

zeptieren kann. Deswegen wurde mit prominenter Unterstützung von Wigald Boning die Facebook-Seite „Kann diese Ausländerin mehr Fans haben als die AfD?“ gestartet. Hier stellen die Freien Demokraten dem plumpen Populismus der AfD ihre Vision einer bunten, weltoffenen und proeuropäischen Gesellschaft entgegen. Mit Erfolg: Die Seite erfährt großen Zuspruch und Cécile Bonnet-Weidhofer viel Unterstützung.

Im Wahlkampfendspurt kommt es nun darauf an, möglichst viele Wähler zu mobilisieren und unentschlossene für die Freien Demokraten zu gewinnen. „Wir wollen den Menschen zeigen, dass es eine Alternative für Demokraten gibt. Zwischen den linken Einheitsparteien und der rechtspopulistischen AfD gibt es auch noch eine Kraft der Mitte,

der Bürger: Die Freien Demokraten“, so Bonnet-Weidhofer. Zum Erfolg bei der Landtagswahl am 4. September kann jeder ganz einfach beitragen: Die Facebook-Seite der FDP MV und von Cécile Bonnet-Weidhofer liken, ihr bei Twitter und Instagram folgen und natürlich Posts teilen, was das Zeug hält. Oder ganz klassisch beim Wahlkampf vor Ort. Mit breiter Unterstützung wird aus der Vision Wirklichkeit werden: Die Freien Demokraten kehren in den Landtag zurück und mischen die verstaubte Politik auf, um Mecklenburg-Vorpommern tatsächlich zum Land der Chancen zu machen.

Zeit für das nächste Berlin

Mit seinem „Plan B“ will Spitzenkandidat Sebastian Czaja zurück in das Berliner Abgeordnetenhaus. Die Umfragewerte der Freien Demokraten sind vielversprechend.



Christian Renatus
Wahlkampfleiter Berlin

Berlin groß denken – das ist der Anspruch von Spitzenkandidat Sebastian Czaja. Seinen „Plan B“ präsentierte er bei der Vorstellung der Wahlkampagne vor zahlreichen Medienvertretern am Roten Rathaus. Die Freien Demokraten wollen die Probleme Berlins nicht länger hinnehmen: das Verkehrschaos, die Schließung des einzigen funktionierenden Flughafens, die absurden Wartezeiten auf Bürgeramtstermine und die maroden Schulen. Diesen Herausforderungen will die FDP mit Mut, Innovation und Freiheit begegnen. Dabei hat Czaja klare Prioritäten. So sollen die Bürgerämter digitalisiert, der Flughafen Tegel offengehalten, Wohneigentum ermöglicht und Innere Sicherheit wieder gewährleistet werden.

Das Interesse steigt: Über 400 Parteifreunde, Sympathisanten und erneut zahlreiche Medienvertreter folgten der Einladung der Freien Demokraten Berlin zum Wahlkampfauftritt in den Postbahnhof am Ostbahnhof. Dort hielt Czaja eine kämpferische Rede, in der er die Berliner Parteifreunde aufrief, der Stadt und ihren Bürgerinnen und Bürgern wieder wieder mehr Mut und Tatendrang zu vermitteln und sich nicht mit der Klein-Klein-Politik des Senats abzufinden. „Es ist Zeit für das nächste Berlin. Es ist Zeit für die FDP in Berlin“, sagte Czaja. Gemeinsam mit den weiteren Kandidaten und den Wahlgewinnerinnen Katja Suding und Lencke Steiner stimmte er das Publikum auf einen erfolgreichen Wahlkampfendspurt ein.



Foto: Gerhold Hinrichs-Henkensiefken

Lencke Steiner, Katja Suding, Sebastian Czaja und die Wahlkämpfer auf der Bühne im Postbahnhof

Die Ausgangslage ist vielversprechend. Trotz der Sommerferien sehen die Umfrageinstitute die Berliner FDP bei guten fünf Prozent. Zum Erfolg bei der Abgeordnetenhauswahl am 18. September kann jeder ganz einfach beitragen: Die Facebook-Seite der FDP Berlin und von Sebastian Czaja liken, ihm bei Twitter und Instagram folgen und natürlich Posts teilen, was das Zeug hält. Oder ganz klassisch beim Wahlkampf vor Ort.

Mit breiter Unterstützung wird der Wiedereinzug der Freien Demokraten in das Abgeordnetenhaus gelingen. Denn es ist höchste Zeit für das nächste Berlin.

Auf dem Weg zum Wahlprogramm

Die Vorbereitung des Bundestagswahlprogramms 2017 läuft auf Hochtouren. In mehreren Phasen werden Forderungen unter Beteiligung der Mitglieder zum Programm.

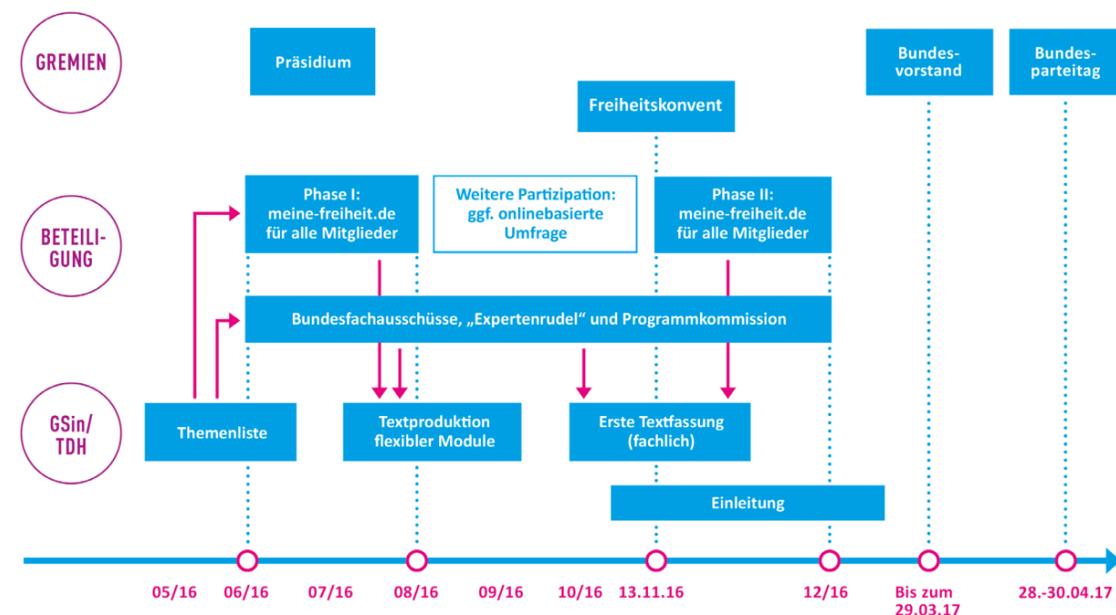


Maria Wandel
Redaktion

Noch ein Jahr und fünf Landtagswahlen bis zur Bundestagswahl 2017. Trotzdem laufen die Vorbereitungen für das Bundestagswahlprogramm bereits auf Hochtouren. Auf Einladung von Generalsekretärin Nicola Beer haben viele Mitglieder die Möglichkeit genutzt, sich in einer ersten Phase an der Ausarbeitung des Wahlprogramms auf meine-freiheit.de zu beteiligen. Dort konnten bis Ende Juli über 200 fachlich-politische Forderungen diskutiert, kommentiert und ergänzt werden. Dabei stießen die Forderungen nach Respektierung der Sterbehilfe, einer besseren personellen und technischen Ausstattung der Sicherheitsbehörden und der Verfügungsgewalt des Einzelnen über seine personenbezogenen Daten auf das größte Interesse. In einem nächsten Schritt werden daraus im Thomas-Dehler-Haus Text-

bausteine geformt.

Bei der Vorbereitung des Bundestagswahlprogramms erhält die Bundesgeschäftsstelle viel ehrenamtliche Unterstützung: Zahlreiche Experten und Fachpolitiker aus den Bundes- und Landesfachausschüssen bringen ihr Wissen und ihre Erfahrung in die Ausarbeitung der Forderungen ein. Auf dem Freiheitskonvent am 13. November sind erneut die Mitglieder am Zug. Hier werden die Teilnehmer mit der Unterstützung von Spezialisten aus unterschiedlichen Fachbereichen den Programmentwurf weiterentwickeln. Im Anschluss beginnt die zweite Phase der Mitgliederbeteiligung auf meine-freiheit.de. „Durch die zahlreiche Beteiligung unserer Mitglieder und den Input der Experten werden wir ein attraktives und die Menschen überzeugendes Bundestags-



Die einzelnen Phasen bei der Ausarbeitung des Bundestagswahlprogramms 2017

wahlprogramm formulieren“, ist sich Nicola Beer sicher.

Das Präsidium hatte entschieden, die finale Ausformulierung erst Anfang 2017 abzuschließen. „Mit unserem Programm wollen wir möglichst nah bei den Menschen und der politischen Stimmung der Bundestagswahl 2017 sein“, erläutert Nicola Beer den Grund für diese Entscheidung. Zusätzliche Erkenntnisse soll eine Online-Umfrage unter den per E-Mail erreichbaren Mitgliedern im Spätsommer 2016 bringen. Sie wird Fragen zur Stimmung, zu politischen Aussagen und den Zielen der Freien Demokraten beinhalten. Das letzte Wort hat schließlich der 68. Ord. Bundestagsparteitag, der vom 28. bis 30. April 2017 in Berlin stattfinden wird. Dort wird das Bundestagswahlprogramm von den Delegierten diskutiert und beschlossen werden.

Ein Kampf zwischen Emotionen und Fakten

Im Gegensatz zu Hillary Clinton hat es Donald Trump auf die Ängste der Amerikaner abgesehen. Offen ist, wie lange er mit seinen einfachen Antworten noch Erfolg haben wird.



Iris Froeba
Policy Analyst des Transatlantischen
Dialogprogramms der Stiftung

Seit dem ersten Tag bestimmt Donald Trumps populistische Rhetorik den Präsidentschaftswahlkampf in den USA. Die bislang gültigen Spielregeln des US-Wahlkampfs scheinen außer Kraft gesetzt: Durch seine provokativen, xenophoben und sexistischen Aussagen, die ihm eine Dauerpräsenz in der Berichterstattung garantieren, hat er in den Vorwahlen alle anderen Kandidaten aus dem Rampenlicht verdrängt. Seine Wahlkampfstrategie folgt nicht dem klassischen Muster Republikaner gegen Demokraten. Er hat es auf die Ängste aller Amerikaner abgesehen. Der Geschäftsmagnat verkauft den Wählern ein düsteres Bild von Amerika: Von Einwanderern überflutet, von Kriminellen und Terroristen bedroht und von wirtschaftlichen Krisen in die Knie gezwungen. Er lässt die Wähler glauben, dass sie in ihrer

Heimat nicht mehr sicher sind. Nur er, der Präsident für „Recht und Ordnung“, wie Trump sich selbst nennt, kann das Land von seiner Misere erlösen und die Sicherheit wieder herstellen. Fakten haben in Trumps Rhetorik keinen Platz. Er ignoriert unbequeme Wahrheiten, stigmatisiert einzelne Minderheiten als Sündenböcke und beruft sich auf Verschwörungstheorien. Trump schürt Ängste, indem er tragische, individuelle Schicksale kraftvoll nacherzählt, das große Ganze dabei jedoch geschickt ausblendet. Das Kontrastprogramm liefert seine demokratische Kontrahentin Hillary Clinton. Mit Fakten und Statistiken versucht Clinton, die Wähler vom Fortschritt Amerikas zu überzeugen. Doch diejenigen Amerikaner, die derzeit arbeitslos sind, interessieren sich herzlich wenig für die niedrige



Foto: Picture-Alliance

Donald Trump bei einer Wahlkampfveranstaltung in New York

Arbeitslosenquote. Gefühle und Ängste sind stärker als harte Fakten. Aber wieso glaubten 13 Millionen Republikaner in den US-Vorwahlen, dass ausgerechnet Trump Amerika vor dem Abgrund bewahren könne? Ein Teil der Antwort liegt in der Macht der Medien. Als erfahrener Reality TV-Star hat es der 70-Jährige von Anfang an verstanden, das Fernsehen für sich zu nutzen. Eine kürzlich veröffentlichte Studie zeigt auf, dass er kostenlose Medienberichterstattung im Gegenwert von zwei Milliarden US-Dollar erhalten hat. Das Phänomen Trump treibt die Einschaltquoten nach oben, die Medien können also viel Geld mit ihm verdienen. Zudem gilt Trump als der Twitter-Kandidat. Kein anderer Kandidat ist so präsent auf der Social Media-Plattform wie er. Zwar lassen sich Probleme, mit denen sich ein künftiger Präsi-

dent auseinandersetzen muss, nicht auf 140 Zeichen reduzieren, doch ist Trump ohnehin kein großer Fan politischer Lösungsansätze. Es wird sich zeigen, wie lange Trump mit seinen einfachen Antworten noch Erfolg haben wird. Seine Anhänger sind sich sicher, von ihm verstanden zu werden. Aber jetzt warten auch sie auf konkrete Vorschläge zur Rettung Amerikas, was ihm zum Verhängnis werden könnte. Denn weder hat er politische Überzeugungen, noch politische Lösungsansätze. Ob sich Trumps Untergangs-Rhetorik mit einem angstfreien Weltbild und pragmatischen Politikansätzen entkräften lässt, wird sich wohl erst am Wahlabend im November zeigen.

„Wir haben keine Gesetzeslücken, sondern Vollzugsdefizite“

Interview mit Jan-Christoph Oetjen, Innenpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion Niedersachsen und Vorsitzender der AG Innenpolitik der Fraktionsvorsitzendenkonferenz



Thomas Hahn stellte die Fragen

Was wäre so schlimm daran, wenn ein paar Feldjäger die Polizei im Antiterrorkampf unterstützen? Die Möglichkeiten der Bundeswehr auch im Inland zu nutzen, wäre doch nur zweckmäßig.

Leider geht es nicht nur um ein paar Feldjäger. Das ist im Rahmen der Amtshilfe heute schon möglich. Es geht um den generellen Einsatz der Bundeswehr. Das wäre ein Tabubruch und absolut geschichtsvergessen. Eine Lehre der Weimarer Republik ist, dass es eine Trennung zwischen militärischen und polizeilichen Aufgaben geben muss. Die Münchner Polizei hat zudem bewiesen, dass gar kein Bedarf an militärischer Hilfe besteht.

Die FDP kritisiert den Aktionismus der anderen Parteien in der Sicherheitsdebatte. Was sind Ihre konkreten Vorschläge für mehr Sicherheit?

Wir haben keine Gesetzeslücken, sondern Vollzugsdefizite, zum Beispiel in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Und in den Ländern gibt es teilweise zu wenig Polizeikräfte, um unsere Gesetze auch wirklich durchzusetzen. Deshalb fordern wir mehr Polizisten statt immer neuer und schärferer Gesetze.

Sie fordern eine starke Polizei. In Berlin wird Sicherheit zum FDP-Plakatmotiv. Ist das für eine Freiheitspartei kein Widerspruch?



Foto: FDP-Fraktion Niedersachsen

Jan-Christoph Oetjen im Niedersächsischen Landtag

Nein, Sicherheit ist auch ein Freiheitsthema. Denn nur wenn der Rechtsstaat wehrhaft ist, kann Freiheit auch ausgelebt werden. Wer einmal einen Einbruch in den eigenen vier Wänden erlebt hat, kann das gut nachempfinden.

Polizei ist in erster Linie Ländersache. Dort liegt vieles im Argen. Was muss auf Länderebene getan werden, damit unsere Sicherheit gewährleistet bleibt?

Die Polizei muss in die Lage versetzt werden, wieder mehr ihrer eigentlichen Aufgabe, der Verbrechensbekämpfung, nachzukommen. Das gelingt durch eine andere Prioritätensetzung und mehr Digitalisierung. So kann die Begleitung von Schwertransporten anders organisiert oder die

unsäglichen Blitzermarathons abschafft werden.

Die FDP fordert ein Einwanderungsgesetz. Nun wissen wir nicht erst seit der Flüchtlingskrise, wie schwierig die Integration von Fremden ist. Wie wollen Sie den Bürgern ihre Sorgen nehmen?

Klar ist, dass bei uns Regeln gelten – für alle gleichermaßen. Ein Einwanderungsgesetz kann hier für mehr Klarheit sorgen. Wer sich Sorgen macht, beispielsweise über steigende Kriminalität, dem sage ich: Nicht auf Gerüchte und Halbwahrheiten hören, sondern auf Fakten. Und die besagen klar, dass insbesondere gesteuerte Zuwanderung nicht zu steigender Kriminalität führt.

FÜR UNSERE
GESUNDHEIT
FEIERT **HEBAMME LINDA**
JEDEN TAG GEBURTSTAG.

WIR SAGEN DANKE.

Gemeinsam machen wir das deutsche Gesundheitssystem zu einem der besten der Welt. Erfahren Sie mehr unter www.pkv.de/linda

**IHRE PRIVATEN
KRANKENVERSICHERER**